

Karbaum, Markus; Will, Gerhard

Research Report

Thailand nach den Wahlen: Suche nach Einheit in einem zerrissenen Land

SWP-Aktuell, No. 45/2011

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Karbaum, Markus; Will, Gerhard (2011) : Thailand nach den Wahlen: Suche nach Einheit in einem zerrissenen Land, SWP-Aktuell, No. 45/2011, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255007>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thailand nach den Wahlen

Suche nach Einheit in einem zerrissenen Land

Markus Karbaum / Gerhard Will

Die jüngsten Parlamentswahlen in Thailand erbrachten einen klaren Sieg der Partei des früheren Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra, der 2006 durch einen Militärputsch aus seinem Amt vertrieben worden war. Trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse sieht sich Yingluck Shinawatra, die neue Ministerpräsidentin und jüngste Schwester Thaksins, mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert. Sie muss den von ihr proklamierten nationalen Versöhnungsprozess in die Tat umsetzen, das angespannte Verhältnis zu den ASEAN-Partnern bereinigen und nicht zuletzt das Image Thailands als lohnender Investitionsstandort mit den Forderungen nach größerer sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen.

Thailand galt lange Zeit als Musterbeispiel für erfolgreiches Wirtschaftswachstum und politische Transformation. Doch im vergangenen Jahrzehnt wurden sehr deutlich Defizite erkennbar. Eine einseitig auf den Großraum Bangkok fokussierte Wirtschaftsentwicklung löste immer heftigere Verteilungskonflikte aus. Da das politische System vor allem darum bemüht war, die Interessen der verschiedenen Elitegruppen auszugleichen, aber den ärmeren Bevölkerungsschichten kaum Mitspracherechte einräumte, war es letztlich nicht in der Lage, diese Konflikte gewaltfrei beizulegen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Thaksin Shinawatra, der mit Hilfe einer populistischen Politik die Mehrheit der Wähler hinter sich brachte, und dem alten Establishment, das seine Macht auf das Militär, die Administration und das Königs-

haus stützte, wurden daher mehr und mehr mit außerparlamentarischen Mitteln ausgetragen, zum Beispiel durch die Besetzung des Regierungssitzes, des internationalen Flughafens der Hauptstadt und im Frühsommer 2010 schließlich durch die Blockade der Bangkokener Innenstadt.

Thaksins Gegenspieler Abhisit Vejjajiva, Vorsitzender der Demokratischen Partei, der im Dezember 2008 mit massiver Unterstützung des alten Establishments eine Mehrheit im Parlament und damit auch das Amt des Ministerpräsidenten erringen konnte, hat während seiner Amtszeit wiederholt den Versuch unternommen, Brücken zur gegnerischen Seite zu schlagen und Kompromisslösungen auszuloten. Für diese Politik erhielt er auch wachsende Zustimmung.

Wahlergebnisse und Sitzverteilung des am 3. Juli 2011 gewählten thailändischen Parlaments

Parteien	Stimmenanteil in Prozent (Listenwahl)	Mandate		
		Wahlkreise	Listenwahl	Gesamt
Pheu Thai Party	48,4	204	61	265
Demokratische Partei	35,2	115	44	159
Bhumjai Thai	3,9	29	5	34
Chart Thai Pattana	2,8	15	4	19
Phalong Chon	1,5	6	1	7
Chart Patana Puea Pandin	0,6	5	2	7
Rak Thailand	3,1	0	4	4
Matubhum	0,8	1	1	2
Rak Santi	0,9	0	1	1
Mahachon	0,4	0	1	1
New Democratic	0,4	0	1	1
Sonstige Parteien	2,1	0	0	0
Summe	100,0	375	125	500

Im Vertrauen darauf löste Abhisit am 9. Mai 2011 das Parlament auf und setzte für den 3. Juli Neuwahlen an. Seine Herausforderin, die 44-jährige Yingluck Shinawatra, jüngste Schwester des 2006 vom Militär gestürzten Regierungschefs Thaksin, hatte bis dato keinerlei politische Ämter inne. Dank des Einflusses ihres Bruders wurde sie wenige Monate vor den Wahlen zur Spitzenkandidatin der Pheu-Thai-Partei (PTP, dt.: Partei für die Thais) gekürt, der neuen Partei der Thaksin-Anhänger. Thaksin, der die Geschicke der Partei von Dubai aus führt, machte keinen Hehl daraus, dass er in seiner Schwester eine willfähige Vollstreckerin seines politischen Willens sah, und umgekehrt stellte Yingluck Shinawatra ihren Wahlkampf gänzlich auf die Politik ihres Bruders ab.

Wahlsieg der Pheu-Thai-Partei

Offensichtlich haben Abhisit wie auch viele internationale Beobachter die politisch bislang unerfahrene Yingluck völlig unterschätzt. Mit frischem Elan errang ihre PTP rund die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen und stellt zukünftig 265 Abgeordnete. Die Demokratische Partei und ihr Spitzenkandidat Abhisit kamen nur auf

159 Mandate und müssen die Regierung nach gut zweieinhalb Jahren wieder abgeben. Die Wahlbeteiligung lag mit fast 85 Prozent deutlich über der vorangegangener Urnengänge.

Obwohl die PTP die absolute Mehrheit der Mandate erlangte, ging sie für die aktuelle Legislaturperiode eine Koalition mit etlichen kleineren Parteien ein, so dass die Regierung über eine Parlamentsmehrheit von 299 der insgesamt 500 Abgeordneten verfügt. Am 8. August wurde Yingluck von König Bhumipol Adulyadej (Rama IX.) zur ersten Regierungschefin Thailands ernannt, nachdem das Parlament sie drei Tage zuvor mit 296 Stimmen in das Amt des Premiers gewählt hatte.

Überraschend schnell war es Yingluck gelungen, sich im Wahlkampf zu behaupten und ihre politische Unerfahrenheit mit ihrem charismatischen und attraktiven Erscheinungsbild zu kaschieren. Ihre Wahlaussagen knüpften an die populistischen Versprechungen ihres Bruders an, der mit seiner Sozial- und Wirtschaftspolitik stets große Unterstützung bei der ärmeren Landbevölkerung im Norden und Nordosten Thailands erfahren hatte. Dieser regionenspezifische Rückhalt spiegelte sich auch deutlich im jüngsten Wahlergebnis wider.

Darüber hinaus stellte Yingluck vor allem das Thema »Nationale Aussöhnung« in den Vordergrund. Offensichtlich konnte sie dieses Anliegen glaubwürdiger vertreten als ihr Kontrahent Abhisit, der gerade zum Ende seines Wahlkampfes immer stärker auf Konfrontation mit der »Thaksin-Partei« setzte.

Der Wahlkampf verlief bis auf einige Ausnahmen weitgehend friedlich. Dies ist bemerkenswert, hatten doch in den letzten Jahren die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern Thaksins eher das Gegenteil befürchten lassen. Aber die erheblich gesunkene Popularität der extrem nationalistischen People's Alliance for Democracy (PAD, besser bekannt als »Gelbhemden«), die offen die Legitimität demokratischer Wahlen in Frage stellte, kann als ein Beleg dafür genommen werden, dass die radikalen Gruppen in Thailand insgesamt an Zulauf verlieren und die Mitte größeres politisches Gewicht erhält.

Führende Generäle, allen voran der Oberbefehlshaber des Heeres Prayuth Chanocha, hatten vor dem Urnengang deutlich Stellung bezogen und ziemlich unverblümt zur Wahl von Abhisits Demokratischer Partei aufgerufen. Doch die Ergebnisse jener Wahlkreise, in denen sehr viele Militärangehörige wohnen, bezeugen, dass solche Wahlempfehlungen nicht mehr den intendierten Erfolg haben. Denn die monolithische Geschlossenheit, die das thailändische Militär zu vermitteln versucht, entspricht mehr dessen Ideologie als der Realität. Nicht nur bei den gewöhnlichen Soldaten, sondern auch im Offizierskorps und sogar innerhalb der Generalität gibt es nicht wenige, die mit der PTP sympathisieren und sich von deren Regierung Vorteile für ihre Karriere versprechen. In Thailand spricht man von den »Wassermelonen«, die unauffällig Grün tragen, aber innerlich rot sind, das heißt Thaksin und seinen Parteien nahestehen. Die sofortige Anerkennung des Wahlergebnisses durch führende Militärs dürfte daher auch der Einsicht geschuldet sein, dass die unsicheren Kräfteverhältnisse

in den eigenen Reihen nicht weiteren Belastungstests ausgesetzt werden sollten.

Das neue Kabinett

Erst nach ihrer offiziellen Amtseinführung gab Yingluck die mit großer Spannung erwartete personelle Besetzung ihres Kabinetts bekannt. Es setzt sich nicht nur aus engen Vertrauten Thaksins (neuer Außenminister ist beispielsweise Surapong Towijakchaikul, ein Cousin Thaksins und Yinglucks) zusammen, sondern überrascht auch mit einigen Quereinsteigern. Zu Letzteren gehören vor allem die Ökonomen Thirachai Phuvanatanarubala, der zum Finanzminister ernannt wurde, und Kit-tiratt Na Ranong, der neue Handelsminister. Weitere Spitzenpositionen bekleiden der offizielle PTP-Vorsitzende Yongyuth Wichaidit als Innenminister und Ex-General Yuthasak Sasiprapha als Verteidigungsminister. Beide sind wegen ihrer Professionalität hochgeachtet und dürften vor allem wegen ihres mäßigenden Auftretens in diese für den innenpolitischen Versöhnungsprozess extrem sensiblen Ressorts berufen worden sein. Als weiteres Schwergewicht im Kabinett Yingluck gilt Chalerm Yoobamrung. Der enge Vertraute Thaksins ist einer von fünf stellvertretenden Premierministern. Nach dessen Sturz diente er den beiden Nachfolgern an der Regierungsspitze als Gesundheits- und Innenminister. Neben Yingluck und dem parteilosen Umweltminister gehören der Regierung 30 weitere PTP-Politiker an, vier Posten gingen an die kleineren Koalitionsparteien.

Funktionäre der United Front for Democracy against Dictatorship (UDD, besser bekannt als »Rothemden«), die im Frühsommer 2010 die Besetzung des Bangkok-Geschäftsviertels organisiert hatten, sind jedoch nicht in das Kabinett berufen worden, was als ein Entgegenkommen gegenüber der Opposition, dem Militär und auch dem Königspalast gewertet werden kann. Die mangelnde Einbindung der UDD in die Kabinettsdisziplin könnte sich mittelfristig indes als Belastung für die neue Regierung

erweisen. Denn Thailands innere Zerrissenheit hat ja eine lange Vorgeschichte und geht über den Konflikt zwischen Thaksin einerseits und dem Militär, dem Königshaus und dem Bangkokker Establishment andererseits hinaus.

Thaksins Konfrontationskurs

Der ehemalige Polizeioffizier und spätere Großunternehmer Thaksin hat das Amt des Ministerpräsidenten erstmals im Jahr 2001 übernommen. Bei den Wahlen 2005 konnte er – ein Novum in der Geschichte Thailands – dieses Amt nicht nur erfolgreich verteidigen, sondern im Parlament eine Zweidrittelmehrheit erringen.

Thaksins Regierungsstil hob sich deutlich vom Konsensprinzip ab, das noch in den neunziger Jahren die thailändische Politik bestimmt hatte. Sein Machtanspruch schien aus Sicht seiner Widersacher die Grundfesten der Organisation politischer Herrschaft in Thailand zu bedrohen: des triadisch angelegten Systems von *checks and balances* zwischen dem Königshaus, dem Militär und der zivilen Regierung einschließlich des Parlaments. Mit einem umfassenden Sozialprogramm vermochte er all diejenigen Thais für sich zu gewinnen, denen der wirtschaftliche Boom des Landes nur wenig gebracht hatte. Mit seinem Wahlprogramm ermutigte er diese nicht gerade kleine Bevölkerungsgruppe, sich ihrer Rechte und ihrer Macht als Wähler bewusst zu werden. Damit schuf er sich eine Anhängerschaft, auf die er sich auch in schwierigen Zeiten verlassen konnte.

Aber Thaksin war alles andere als ein Sozialromantiker oder moderner Robin Hood. Ebenso geschickt wie skrupellos nutzte er sein Amt, um seine politische Macht auszubauen und diese wiederum zugunsten seines Wirtschaftsimperiums einzusetzen, das während seiner Amtszeit gigantische Dimensionen annahm.

Thailands Zerrüttung

Thaksins rigoroses Vorgehen rief eine sehr heterogene Opposition auf den Plan. Das Königshaus, die traditionellen Eliten in Armee und Administration, aber auch die städtischen Mittelschichten, die Speerspitzen der demokratischen Bewegung in den neunziger Jahren, und nicht zuletzt Thaksins wirtschaftliche Konkurrenten sahen in dem Premier einen Gegner, der sie alle gleichermaßen bedrohte. Ihnen gegenüber stand die Koalition Thaksins, die sich zum Anwalt des kleinen Mannes erklärte, aber gleichzeitig die Interessen eines großindustriellen Komplexes bediente und aus dieser Nähe hohe Renditen bezog.

Solch heterogene Bündnisse werden nur durch ein klares Feindbild und eine permanent hohe Konfrontationsbereitschaft zusammengehalten. Thaksins Gegner konnten sich bei diesen Auseinandersetzungen auf den militärischen Machtapparat stützen. Im September 2006 war es so weit: Mit einem Putsch beendete das Militär die fünfjährige Amtszeit des Ministerpräsidenten. Eine neue Verfassung, die den traditionellen Eliten größere Vorrechte einräumte, vermochte indes nicht zu verhindern, dass bei den Wahlen Ende 2007 Thaksins Nachfolgepartei eine parlamentarische Mehrheit errang und die Regierung stellte. Nur mit Hilfe eines willfähigen Justizapparats sowie der stillschweigenden, aber nachdrücklichen Unterstützung des Königshauses bzw. des Kronrats konnte schließlich im Dezember 2008 eine neue Regierung der Thaksin-Gegner unter Ministerpräsident Abhisit installiert werden. Der im Frühsommer 2010 unternommene Versuch der Thaksin-Anhänger, diese Regierung durch eine wochenlange Blockade der Bangkokker Innenstadt aus dem Amt zu jagen und Neuwahlen zu erzwingen, misslang. Das Militär räumte die besetzten Stadtteile; an die 90 Todesopfer und 2000 Verletzte waren zu beklagen. Der Graben, der Thailands Gesellschaft in zwei Lager spaltete, war damit tiefer denn je geworden.

Abhisits Vermittlungsbemühungen

Die Entscheidung für die gewaltsame Räumung des Bangkokker Zentrums hatte Abhisit lange Zeit hinausgezögert. Erst auf das offenkundige Drängen des Militärs und des traditionellen Establishments hin gab er seine Einwilligung zu einem Gewaltakt, der die von ihm angestrebte Rolle eines Mediators diskreditierte. Die von ihm einberufene »Wahrheits- und Versöhnungskommission«, die die Besetzung der Bangkokker Innenstadt und deren Räumung aufarbeiten sollte, lieferte denn auch wenig greifbare Ergebnisse. Allzu schnell wurde deutlich, dass es Abhisit nicht gelang, sich von jenen Kräften im Militär, im Königshaus und in der Administration zu lösen, die ihn einst in den Sattel gehoben hatten. Dieser Verlust an Glaubwürdigkeit wog umso schwerer, als König Bhumipol, der bedrohliche Auseinandersetzungen in der Vergangenheit mitunter durch Ex-cathedra-Entscheidungen beigelegt hatte, diese Rolle als oberster Friedensrichter aufgrund seiner angegriffenen Gesundheit nicht mehr wahrnehmen konnte oder vielleicht auch nicht mehr wollte.

Wahlkampfthema:

Nationale Aussöhnung

Vor diesem Hintergrund war es ein kluger Schachzug der Thaksin-Fraktion, das Thema »Nationale Aussöhnung«, das Abhisit angegangen ist, aber nicht glaubwürdig umsetzen konnte, zu einem zentralen Punkt ihres Wahlkampfes zu machen. Mit seiner politisch nicht vorbelasteten Schwester Yingluck, die über eine große Ausstrahlungskraft verfügt, hat Thaksin eine Person gefunden, die auf überzeugende Weise eine neue Seite thailändischer Politik verkörpern kann, da sie in keinem der vergangenen Konflikte involviert war. Ebenso vermochte Yingluck im Wahlkampf unterschwellig, aber sehr geschickt zu vermitteln, dass sie als erste Ministerpräsidentin Thailands jenem traditionellen Rollenmuster entsprechen würde, das Frauen dazu prädestiniert, für Aus-

gleich zu sorgen und Harmonie herzustellen.

Trotz ihres klaren Wahlsiegs bemühte sie sich sofort um eine Koalition mit einigen kleineren Parteien. Selbstverständlich wurde dem Königshaus alle erdenkliche Reverenz erwiesen. Ohnehin pflegt die Thaksin-Familie seit vielen Jahren gute Beziehungen zu Kronprinz Vajiralongkorn, der seinen Vater mehr und mehr bei offiziellen Anlässen vertritt.

Auch gegenüber dem Militär legte das Thaksin-Lager größte Zurückhaltung an den Tag. Man verzichtete auf alle Themen oder gar Forderungen, die dort als Affront aufgefasst werden und Widerstand mobilisieren könnten. Ebenso ließ man bei der Besetzung aller Spitzenpositionen im Sicherheits- und Verteidigungssektor größte Vorsicht walten und wählte gezielt Personen aus, die zwar dem Thaksin-Clan verbunden sind, aber auch eine respektable Karriere in Armee und Administration vorzuweisen haben. Die von Abhisit eingesetzte »Wahrheits- und Versöhnungskommission« wurde nicht aufgelöst oder neu besetzt, sondern beauftragt, ihre Arbeit konsequent fortzusetzen.

Wie erfolgreich diese Umarmungsstrategie auf Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Unstrittig ist, dass bei vielen Thais ein großes Bedürfnis nach Ruhe und einem Ende jener gewaltsamen Auseinandersetzungen besteht, die in den vergangenen Jahren das internationale Ansehen des Landes beschädigt, seine wirtschaftliche Entwicklung gefährdet und nicht zuletzt sehr viel menschliches Leid mit sich gebracht haben. Die Konfrontation hat die jeweiligen Lager zusammengeschweißt. Eine Politik, die Angebote der Zusammenarbeit unterbreitet, wird im gegnerischen Lager immer auch jene Kräfte auf den Plan rufen, die sich von einem Kompromiss größere Vorteile versprechen als von einem Verharren in Feindschaft.

Sicherlich gibt es bei den traditionellen Eliten in Armee und Administration eine starke, wenn auch derzeit nicht lautstarke Opposition gegen die neue Regierung, aber

ihr fehlt eine erfolversprechende Strategie zur Durchsetzung ihrer Interessen. Drohungen mit einem Militärputsch, die immer wieder die Runde machen, sind matt, wenn man sich vor Augen hält, wie wenig das Militär mit seinem Staatsstreich im Jahr 2006 letztlich erreicht hat.

Der Tempelstreit mit Kambodscha

Dieser Mangel an strategischen Perspektiven und Alternativen zeigte sich auch auf dem Gebiet der Außenpolitik; gerade in den Beziehungen zum Nachbarland Kambodscha, die mehr und mehr vom Militär und immer weniger von der Regierung Abhisit bestimmt wurden.

Im Zentrum des Konflikts steht der hinduistische Tempel Preah Vihear, der sich auf kambodschanischem Territorium befindet, wobei aber der Grenzverlauf in unmittelbarer Umgebung höchst umstritten ist. Über die Aufnahme dieses Tempels in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO kam es im Sommer 2008 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern. Statt nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu suchen, verlegten sowohl Kambodscha wie Thailand starke Truppenverbände in diese Region, und es kam im Oktober 2008 wie auch in den folgenden Jahren immer wieder zu Feuergefechten. Im Februar 2011 eskalierten die Kampfhandlungen zu einem regelrechten Grenzkrieg mit mehr als 20 Todesopfern.

Im Gegensatz zur Regierung in Phnom Penh, die eine multilaterale Befriedung des Konflikts forderte und deswegen sowohl bei der UNO als auch bei der ASEAN vorstellig wurde, bestand Bangkok stets auf einer bilateralen Lösung. Vermittlungsinitiativen der ASEAN, die unter anderem die Stationierung von 40 indonesischen Beobachtern in dem umstrittenen Gebiet vorsahen, stimmte die Regierung Abhisit zunächst zu. Dessen ungeachtet erklärte deren Außenminister wenige Tage später, dass sein Land sich einer solchen Stationierung nur dann fügen werde, wenn Kambodscha zuvor all seine Truppen aus dem umstrittenen

Gebiet zurückziehe. Augenscheinlich hatte die Regierung dem Druck der Militärs nachgegeben, die diesen Streit zu einer nationalen Schicksalsfrage hochstilisierten, bei der jedes Zugeständnis mit Verrat an den Interessen der Nation gleichzusetzen sei. Mit dieser Zurückweisung regionaler Vermittlungsversuche, die von schrillen nationalistischen Tönen begleitet war, zog Thailand, das lange Zeit treibende Kraft des Integrationsprozesses der Kooperationsgemeinschaft gewesen war, die offene Kritik einiger ASEAN-Partner wie zum Beispiel Malaysia auf sich. Gleichzeitig gab Bangkok mit seinem Verhalten anderen Mitgliedern wie zum Beispiel Indonesien oder Vietnam Gelegenheit, sich als führende Akteure in der ASEAN zu profilieren.

Außenpolitische Initiativen Yinglucks

Ministerpräsidentin Yingluck hat hingegen als eines ihrer vorrangigen außenpolitischen Ziele die »Vorbereitung Thailands auf die Etablierung der ›ASEAN-Community« im Jahre 2015 genannt. Ihr Außenminister Surapong Towijakchaikul unternahm seine erste Auslandsreise in die ASEAN-Staaten und warb dort um Vertrauen für die neue Regierung, die gerade in der Kambodschafrage eine sehr viel konziliantere Position als ihre Vorgängerin einnehmen werde. Das seit langem freundschaftliche Verhältnis zwischen Thaksin und dem kambodschanischen Regierungschef Hun Sen bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Die guten Beziehungen zu den USA, zu Japan, der EU und der VR China, die schon die Vorgängerregierung gepflegt hat, will man fortsetzen und ausbauen. Deutschland und Japan haben die Einreisesperre in zwischen aufgehoben, die gegen Thaksin verhängt wurde, nachdem er 2008 von einem thailändischen Gericht wegen Amtsmissbrauch und Steuerhinterziehung verurteilt worden war. Wenig deutet darauf hin, dass jene Zurückweisungen, die Thaksin in den vergangenen Jahren erfahren hat, die bilateralen Beziehungen nachhaltig

belasten werden. Vielmehr dürfte Thaksin aus seiner Amtszeit gelernt haben, dass Außenpolitik eben mehr ist als Außenwirtschaftspolitik und dass diesem Politikfeld mehr Aufmerksamkeit gewidmet und es mit größerem Nachdruck bearbeitet werden muss.

Thailands wirtschaftliche Bilanz

Blickt man auf die ökonomischen Daten, so war die Regierung Abhisit durchaus erfolgreich. 2010 betrug das Wirtschaftswachstum 7,5 Prozent und für 2011 werden immerhin noch fast 4 Prozent erwartet. Auch trifft der Vorwurf nicht zu, dass diese Regierung die Belange der ärmeren Bevölkerungsgruppen bzw. der weniger entwickelten Landesteile außer Acht gelassen habe. Die von Thaksin initiierten Verbesserungen des ländlichen Gesundheitswesens wurden ebenso fortgeführt wie die von ihm auf den Weg gebrachten Kreditprogramme zur ländlichen Entwicklung. Dennoch gelang es der Regierung Abhisit nicht, aus dem Schatten Thaksins hervorzutreten und sich als genuiner Interessenvertreter seiner Klientel zu präsentieren. Wegen ihrer offenkundigen Abhängigkeit von den Kräften des alten Establishments sah sie sich stets dem Generalverdacht ausgesetzt, diese Politik allein aus taktischem Kalkül und daher nur halbherzig zu betreiben.

Yinglucks sozialpolitisches Programm

Yingluck konnte dagegen nicht nur dank ihrer Persönlichkeit oder des großen Zuspruchs für ihre Partei, sondern auch deshalb die Mehrheit der Stimmen gewinnen, weil sie ein detailliertes Programm sozialer Wohltaten vorlegte. Zu ihren Versprechen zählte vor allem der Anstieg des Mindestlohns um 40 Prozent auf 300 Baht – umgerechnet knapp sieben Euro – pro Tag, in ähnlicher Höhe sollen auch die Einstiegsgehälter in Staatskonzernen steigen. Den 70 000 Dörfern wurden Subventionen von jeweils 2 Millionen Baht (rund 45 000 Euro)

zugesichert. Bäuerliche Familien werden Kreditkarten erhalten, mit denen sie ohne größeren bürokratischen Aufwand Kleinkredite erhalten können. Darüber hinaus soll ein Aufkaufpreis für Reis garantiert werden, der bis zu 40 Prozent über dem Marktpreis liegen würde. Jedem der rund 800 000 Schulkinder wurde ein kostenloser Tablet-PC in Aussicht gestellt. Außerdem ist eine Absenkung der Unternehmenssteuern von 30 auf 23 Prozent geplant. Mit Hilfe eines milliardenschweren Infrastrukturprogramms sollen nicht nur die U-Bahn in Bangkok, sondern auch Eisenbahnverbindungen nach Laos und in die chinesische Provinz Sichuan gebaut werden.

Insgesamt, so eine Schätzung der französischen Bank BNP Paribas, würden sich alle Wahlgeschenke auf insgesamt 8,5 Milliarden US-Dollar summieren. Ausländische Wirtschaftsexperten, aber auch die thailändische Zentralbank sehen diese Rückkehr zur populistischen Wirtschaftspolitik eher kritisch. Sie warnen vor den Risiken wie zum Beispiel Inflation, Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Lohnkosten, deutliches Ansteigen der Neuverschuldung etc.

Bangkoks Börse teilte diese Bedenken zunächst nicht. Obgleich die Wahlversprechen der neuen Ministerpräsidentin nicht gerade als unternehmensfreundlich bezeichnet werden können, stieg der thailändische Aktienindex am Tag nach den Wahlen um 4,7 Prozent an. Der klare Wahlausgang hatte offenbar die Hoffnungen auf nationale Aussöhnung, innenpolitische Stabilität und damit auch wirtschaftliche Prosperität beflügelt. Die Berufung ausgewiesener Wirtschaftsexperten in das Kabinett hat das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz der neuen Regierung erhöht, zumal diese auch schon zu erkennen gegeben haben, dass sie bereit ist, einige der Wahlversprechen zu modifizieren und in der Dimension zu reduzieren.

An dem Erfolg oder Misserfolg der Wirtschaftspolitik wird sich letztlich entscheiden, wie gut es Thailand gelingt,

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

sich im globalen wie regionalen Wettbewerb zu positionieren. Denn die von Thaksin stets angestrebte Öffnung des Landes zum Weltmarkt birgt gerade für die ärmeren Teile der Bevölkerung, das heißt den Großteil seines Wählerpotentials, nicht unerhebliche Risiken. Das Leben dieser Menschen durch Wohlfahrtsleistungen zu erleichtern, hat Thaksin wie seiner Schwester ein hohes Maß an Unterstützung gebracht. Doch bislang hat auch das Thaksin-Lager keine überzeugende Strategie vorgelegt, wie zugunsten jener Millionen von Thais, die immer noch in sehr prekären Verhältnissen leben, konkurrenzfähige Wirtschaftszweige aufgebaut und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Auch bei der neuen Regierung ist höchst unklar, inwieweit sie dabei auf Liberalismus oder Protektionismus setzen wird.

Ausblick

Der klare Wahlsieg der Pheu-Thai-Partei und die ersten Entscheidungen und Maßnahmen der neuen Regierung haben zumindest die Chance eröffnet, dass Thailand wieder zu jener innenpolitischen Stabilität findet, die unabdingbare Voraussetzung für internationale Anerkennung und wirtschaftliche Prosperität ist. Allerdings ist diese Politik nach wie vor mit etlichen Unsicherheiten verknüpft und erheblichen Gefährdungen ausgesetzt. Von der Opposition inner- und außerhalb des Parlaments wurden schon einige rote Linien aufgezeigt, deren Überschreitung nicht widerstandslos hingenommen würde. Hierzu zählen: ein allzu manifestes Drängen Thaksins auf eine baldige Rückkehr nach Thailand oder gar der erneute Griff nach dem Amt des Ministerpräsidenten, eine Revision der Verfassung von 2007 und vor allem jener Artikel, die den Putschisten Immunität garantieren, oder eine Kürzung des unter der vorangegangenen Regierung stark erhöhten Verteidigungshaushalts.

Auf der anderen Seite bekommt die Pheu-Thai-Partei aber auch Druck aus den eigenen Reihen. Die Aktivisten (gemeinhin

»Rothemden« genannt), die im Frühsommer 2010 Bangkoks Innenstadt mit Barrikaden blockiert hatten und dann mit Gewalt von dort vertrieben worden waren, verlangen die umfassende Aufarbeitung dieser Ereignisse und die Bestrafung derjenigen, die damals die Räumung angeordnet haben. Sie sind es auch, die die konsequente Umsetzung aller Wahlversprechen anmahnen. Nationale Aussöhnung, so ihr Standpunkt, dürfe nicht durch allzu große Nachgiebigkeit gegenüber dem alten Establishment und damit auf Kosten derjenigen erkauf werden, die sich in den vergangenen Jahren rückhaltlos für Thaksin und seine Parteien eingesetzt hätten.

Die Regierung Yingluck befindet sich daher trotz ihres Wahlsiegs und der deutlichen Regierungsmehrheit in einer nicht allzu komfortablen Position. Ein Scheitern ihrer Aussöhnungspolitik hätte allerdings fatale Folgen. Denn es sind gegenwärtig in der thailändischen Politik keine Kräfte auszumachen, die willens und in der Lage wären, diese Aufgabe zu meistern.

Die deutsche und die europäische Politik sind daher gut beraten, die neue Regierung bei ihrem Bemühen um nationale Aussöhnung nach Kräften zu unterstützen und die wechselseitigen Kontakte zu vertiefen. Eine breite Palette von Maßnahmen bietet sich an: angefangen mit der partnerschaftlichen Beratung bei der Stärkung eines unabhängigen Justizwesens und beim Aufbau föderaler Strukturen bis hin zum finanziellen und technischen Engagement bei der Realisierung von Projekten zur Errichtung dringend benötigter Infrastruktur. Denn ungeachtet jener schweren Krisen, in die der südostasiatische Staat im vergangenen Jahrzehnt geraten ist, bleibt Deutschland der wichtigste Handelspartner Thailands in der EU. Zwischen beiden Ländern gibt es zudem ein dichtes Netz politischer, aber auch persönlicher Beziehungen, das genutzt werden sollte, um dem Verhältnis zu einem strategischen Partner in Südostasien neue Dynamik zu verleihen.